Arbeiterbewegung

Objekttyp: **Group**

Zeitschrift: **Gewerkschaftliche Rundschau für die Schweiz : Monatsschrift des Schweizerischen Gewerkschaftsbundes**

Band (Jahr): **28 (1936)**

Heft 6

PDF erstellt am: **24.05.2024**

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern.
Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden.
Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

Haftungsausschluss

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

Ein Dienst der *ETH-Bibliothek*
ETH Zürich, Rämistrasse 101, 8092 Zürich, Schweiz, www.library.ethz.ch

http://www.e-periodica.ch

Die Verlegung des Schwergewichts der Bauten auf die grösseren Wohnungen entspricht durchaus nicht den Nachfrageverhältnissen. Der Bau billiger Arbeiterwohnungen darf nicht vernachlässigt werden. Die Erfahrung zeigt, dass dieser selten von der spekulativen Bautätigkeit unternommen wird, weil die Rendite zu klein ist. Bund, Kantone und Gemeinden sollten hier einspringen. Die Förderung des Baues billiger Kleinwohnungen wird nicht nur von grosser Bedeutung für den Arbeitsmarkt sein, sondern sie kann auch zur Verhütung einer zukünftigen Mietpreissteigerung der Kleinwohnungen beitragen. Bei längerer Dauer der Baukrise wird sich bei den billigen Kleinwohnungen sehr rasch ein Wohnungsmangel zeigen. Wie falsch es ist, von einer allgemeinen Ueberproduktion an Wohnungen zu sprechen, zeigt auch eine Untersuchung über den Leerwohnungsbestand in den Vororten Zürichs. Einige dieser Vororte verzeichnen recht niedrige Leerwohnungsziffern, so zum Beispiel Kilchberg nur 0,6, Schlieren 2,0, Zollikon 2,6 Prozent.

Arbeiterbewegung.

Bau- und Holzarbetier.

Nachdem der Bau- und Holzarbeiterverband den Vorschlag der interkantonalen Einigungsstelle abgelehnt hatte, kam eine direkte Abmachung zwischen dem Schweizerischen Baumeisterverband und dem Schweizerischen Bau- und Holzarbeiterverband zustande, der für die Arbeiterschaft etwas günstiger ausfiel als der ursprüngliche Vorschlag der Einigungsstelle.

Im Lohnkonflikt der Anschläger in Zürich suchte der Stadtrat zu vermitteln. Seinem Vorschlag, der einen Lohnabbau von 10 Rappen enthielt, stimmten die Anschläger zu, um dadurch eine Arbeitsniederlegung zu vermeiden. Die Unternehmer lehnten jedoch den Vermittlungsvorschlag des Stadtrates ab. Sie scheinen somit eine noch weitere Lohnsenkung zu beabsichtigen.

Die Parkettleger Winterthurs traten am 11. Mai in den Streik, da die Unternehmer ihre Forderungen nicht annahmen. Die Parkettleger waren zu kleinen Konzessionen bereit, verlangten aber, dass der neue Tarifvertrag mindestens bis zum Frühjahr 1937 Gültigkeit haben sollte. Der Streik konnte nach einigen Tagen durch die Vermittlung des kantonalen Einigungsamtes wieder beigelegt werden.

Den Holzarbeitern in Zürich wurde von den Verbänden der Schreiner-, Glaser- und Tapezierermeister ein Lohnabbau auf den 8. Juni angekündigt. Die Unternehmerverbände haben mit der Aussperrung gedroht. Der Bau- und Holzarbeiterverband hat beschlossen, den Vorschlag der Meisterverbände ohne Gegenvorschlag abzulehnen.

Metallarbeiter.

Am 8. Mai legten in der Karosserieabteilung bei Saurer in Arbon 150 Arbeiter die Arbeit nieder, um dadurch gegen den fortgesetzten Akkordlohnabbau und gegen das Missfallen erregende Benehmen einiger Vorgesetzten zu protestieren. Sie blieben bei ihren Arbeitsplätzen und zeigten dadurch ihren Willen, bei Berücksichtigung ihrer Forderungen wieder zu arbeiten. Von der Direktion wurden am nächsten Tag einige Zusicherungen gemacht, so dass die Arbeit wieder aufgenommen wurde.